



# 2021/04 Inland

<https://shop.jungle.world/artikel/2021/04/beliebtes-angriffsziel>

**Eine Recherchestelle hat im vergangenen Jahr 121 Attacken auf Moscheen registriert**

## **Beliebtes Angriffsziel**

Von **Ralf Fischer**

**Im vergangenen Jahr verzeichnete die Informationsplattform »Brandeilig« 121 Angriffe auf Moscheen. Einige der Täter stammen aus der Linken.**

Das neue Jahr hatte gerade begonnen, als der erste Angriff auf eine Moschee stattfand. Unbekannte griffen in der Neujahrsnacht die Fatih-Moschee der Türkisch-Islamischen Union der Anstalt für Religion (Ditib) im baden-württembergischen Sontheim an. Nachdem es den Tätern nicht gelungen war, die Eingangstür aufzubrechen, schlugen sie ein Fenster mit einer Holzbank ein. Bereits bei einer Attacke in der Nacht zum 18. Dezember hatten Unbekannte mit schwarzer Sprühfarbe acht Kreuze und die Schriftzüge »Gott« und »Jesus« an die Fassade des Gebäudes gesprüht und das Eingangsschild übermalt.

»Seit 30 Jahren haben wir die Menschen in Sontheim stets mit Respekt behandelt und wurden selbst immer respektiert«, sagte der Vorsitzende der Fatih-Moschee, Ali Özdemir, dem Internetportal Islamiq. Özdemir zufolge wurden 2019 die Fenster der Moschee durch Schüsse beschädigt, die Täter sind noch immer nicht gefasst.

Wie eine Untersuchung des Wissenschaftlichen Dienstes des Bundestags im Februar 2020 bestätigt hat, ist die Zahl der Moscheen in Deutschland nicht genau erfassbar. Derzeit belaufe sie sich auf 2 500 bis 2 750. Die meisten davon befinden sich in Höfen, Gewerbegebieten, umgewandelten Fabrikanlagen oder ähnlichen Gebäuden; nur bei wenigen handelt es sich um repräsentative Bauten. Nach Angaben des Zentralrats der Muslime sind lediglich 900 Moscheen öffentlich also solche erkennbar. Ein zentrales Register existiert nicht. Politiker der CDU und CSU fordern, ein solches einzurichten.

Ein Antrag der Fraktion der Linkspartei im Bundestag, den Kampf gegen islamfeindliche Einstellungen und Straftaten zu verstärken, wurde Mitte Januar mit den Stimmen von CDU/CSU, SPD, FDP und AfD abgelehnt. Die Abgeordneten von Bündnis 90/Die Grünen enthielten sich. Die religionspolitische Sprecherin der Fraktion der Linkspartei, Christine Buchholz, forderte während der Debatte neben einer Reform des Antidiskriminierungsrechts ein stärkeres Engagement für Vereinbarungen zur Gleichstellung muslimischer Religionsgemeinschaften. Sowohl Helge Lindh (SPD) als auch Filiz Polat (Grüne) regten in ihren Reden einen parteiübergreifenden Antrag an, der noch vor dem Ablauf der aktuellen Legislaturperiode erarbeitet werden soll.

Nach Angaben von »Brandeilig«, einer Initiative des Antidiskriminierungsverbands Fair international, die Angriffe auf Moscheen dokumentiert, gab es im vergangenen Jahr 121 solcher Attacken in Deutschland. Die Informationsplattform ordnet alle registrierten Attacken zunächst der Kategorie Islamfeindlichkeit zu; sie wird unter anderem von der Islamischen Gemeinschaft Millî Görüş (IGMG), der Islamischen Föderation Berlin (IFB), dem Schura-Rat der islamischen Gemeinschaften in Hamburg und dem Islamrat für die Bundesrepublik Deutschland unterstützt. Bei der IGMG handelt es sich um die bedeutendste islamistische Organisation in Deutschland, sie gehört auch zum Islamrat. Mitglied des Schura-Rats ist das Islamische Zentrum Hamburg (IZH), das als wichtige Vertretung des iranischen Regimes gilt.

Die Einträge auf »Brandeilig« sind mehrheitlich als eindeutig rechtsextreme Anschläge zu klassifizieren. So erhielt eine Moschee in Hüfingen (Baden-Württemberg) Anfang November ein mit »NSU Süd« unterzeichnetes Schreiben, das neben rassistischen und islamfeindlichen Aussagen sowie einer Karikatur auch Drohungen enthielt. Im Februar vergangenen Jahres hob die Bundespolizei die rechtsextreme »Gruppe S.« aus, die unter anderem geplant hatte, kleinere Moscheen zu stürmen und Muslime zu töten. Anfang November erhob der Generalbundesanwalt Anklage gegen elf Mitglieder und einen Unterstützer.

In einzelnen Fällen scheinen die Täter auch aus der Linken zu kommen. So registrierte Brandeilig im vergangenen Jahr mindestens einen Fall, den sie Anhängern der verbotenen kurdischen Arbeiterpartei PKK zurechnet. Ende Mai schrieben unbekannte Täter mit schwarzer Farbe »PKK« auf die Holzverkleidung einer Ditib-Moschee im nordrhein-westfälischen Eitorf. Mitte November markierten Unbekannte die Fassade der zur Ditib gehörenden Mescidi-Aksa-Moschee in Berlin mit den Parolen »Gegen jeden Faschismus« und »Türkischer Faschismus tötet«.

Ungefähr zur selben Zeit wurde die Eyüp-Sultan-Moschee in Frankfurt am Main Ziel einer Farbattacke. »Brandeilig« zufolge wurde die Fassade mit roten, grünen und gelben Substanzen beschmiert. Auf den im Internet veröffentlichten Fotos sind unter anderem die Schriftzüge »Afrin« und »Seri Hilde« zu erkennen. Letzterer Spruch bedeutet auf Kurdisch »Erhebe dich«. Die Parole haben in den vergangenen drei Jahren Unterstützer der mehrheitlich kurdischen Volksverteidigungseinheiten (YPG) im Zusammenhang mit den Kämpfen im Norden Syriens rund um den symbolträchtigen Ort Afrin verwendet. Auch die bei dem Anschlag verwendeten Farben entsprechen denen des YPG-Symbols.

»Wir wissen nicht, wer uns angreift oder weshalb wir angegriffen werden«, sagte Burhan Hızal, ein Vorstandsmitglied der Gemeinde, dem Internetportal Islamiq. Man sei besorgt über die steigende Zahl von Attacken auf Moscheen in jüngster Zeit.